



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 7  
12. Jahrgang

12. April 1944

Die Stimme der Illegalen

Isolierung in der Illegalität (ITF) Alle illegalen Gruppen im nazibeherrschten Europa wissen nach blutigen Erfahrungen, dass nur sorgfältiges Abdichten ihrer Zellen die Gruppen aktions- und ausbaufähig halten kann. In der Regel darf nur ein einziger Angehöriger einer illegalen Dreier- oder Fuenferzelle Kontakt mit einer anderen Zelle der Gruppe halten und nur in seltenen Fällen mit einer Zelle anderer illegaler Gruppen. Jeder Verzicht auf diese Vorsichtsmassregel erhöht die Gefahr, dass die Gestapo beim Aufspüren einer illegalen Zelle ganze Organisationsnetze aufrollen kann. In vielen Bezirken des Nazibeherrschten Europa stehen heute die Leitungen verschiedener illegaler Organisationen in ständigem Kontakt, das sorgfältige Abdichten der Organisationszellen kann aber auch in diesen Bezirken nicht aufgegeben werden, solange der Apparat der Gestapo oder der Quislingpolizei noch relativ intakt ist.

Diese Kampfbedingungen im unterirdischen Europa können leicht zu einem Auseinanderleben der verschiedenen politischen Strömungen führen. Sie alle sind in der Gegnerschaft gegen den Nazismus und in unerbittlicher Feindschaft gegen die Besatzungsmacht geeint. Es gibt nur in wenigen Ländern verschwindend kleine Gruppen, die zwar antideutsch eingestellt, aber von nazistischen Ideen angefressen sind. - Fast alle illegalen Gruppen haben sich im Laufe der Jahre politisch weiterentwickelt, sie haben die Programme der Vornazizeit überprüft und aus dem Erlebten zum Teil weitreichende Lehren gezogen. Aber in ihrer unvermeidlichen Isolierung wissen die Zellen häufig nur wenig über die Entwicklung politischer Auffassungen in anderen illegalen Organisationen. Die illegalen Zeitschriften geben zwar seit etwa 2 Jahren die Erörterung von Ideen und Zukunftsproblemen mehr und mehr Raum. Die Auffassungen, die in diesen illegalen Zeitschriften veröffentlicht werden, können jedoch den Stand der inneren Entwicklung der illegalen Organisationen, für die sie sprechen, nicht in gleicher Weise widerspiegeln wie Organe demokratischer Organisationen freier Länder. Die Redakteure der im nazibeherrschten Europa erscheinenden illegalen Zeitschriften versuchen auf den wenigen Seiten ihrer Blätter, gleichzeitig die Auffassungen der Zellen ihrer Organisation, mit denen sie in ständigem Kontakt stehen, herauszuarbeiten und Menschen aufzuerwecken, die dem illegalen Kampf noch fern stehen. Die illegale Presse kann daher nicht ausreichend bei der Verständigung zwischen den Organisationen helfen. Nur gelegentlich findet man daher in diesen illegalen Blättern grundsätzliche Auseinandersetzungen mit den Auffassungen anderer illegaler Zeitungen.

Das führte dazu, dass in einigen Ländern, wie Frankreich und Holland, der Gedanke auftauchte, dass aus dem gemeinsamen Kampf gegen das Hakenkreuz eine Nationale Einheitspartei hervorgehen würde. Die Ereignisse in Norditalien während der 45 Tage zwischen dem Sturz Mussolinis und dem Einmarsch der deutschen Truppen zeigten, dass eine derartige Entwicklung nicht sehr wahrscheinlich ist. In Frankreich haben illegale Organe der Sozialisten und der antifaschistischen Konservativen unmissverständlich erklärt, dass auch in Frankreich keine derartige Entwicklung zu erwarten ist. Eine bemerkenswerte illegale Broschüre, die im Sommer 1943 in Holland erschien, schrieb zu dieser Frage: "Die Kriegsverhältnisse können wohl die gegensätzlichen sozialen, politischen und religiösen Strömungen zum Schweigen bringen, aber damit sind sie noch nicht aus der Welt geschafft... Verschiedene dieser alten inneren Bindungen haben die Feuerprobe der Besatzungsjahre bestanden. Sie existieren, halblegal oder ganz in die Illegalität gedrängt, mehr oder weniger organisiert, ja manchmal auch ganz unorganisiert. In der Illegalität entstanden auch neue Bindungen. Man mag darüber denken, wie man will, die Lebenskraft von Bindungen, die die Besatzung überstanden, kann nicht bestritten werden, genau so wenig wie die Tatsache, dass diese Bindungen nach der Befreiung den Ausgangspunkt für die Entwicklung unseres politischen Lebens bilden werden... Unser Volk steht so gut wie vollständig auf dem Boden des demokratischen Prinzips, aber die Auffassungen der verschiedenen (illegalen) Gruppen gehen sehr auseinander und dieser Auffassungen beruhen überdies auf sehr gegensätzlichen Grundlagen. Das Aufkommen einer praktisch alles umfassenden Partei

oder Bewegung muss deshalb als Unmoeglichkeit betrachtet werden". Die gleiche Broschuere versucht einen neuartigen Weg, die politische Isolierung der illegalen Organisationen zu durchbrechen.

### Aussprache in der Illegalitaet

(ITF) Vor der Invasion "wurde unser politisches Leben nur von einem Teil des Volkes getragen, von den 'politischen Hollaendern'... Neben ihnen standen die... 'unpolitischen Hollaender'...", erklaren die Herausgeber der illegalen Broschuere "Um Hollands Zukunft". "Dieser alte Gegensatz hat durch die begrenzte Aussprachemoeglichkeiten der letzten Jahre zu einer fuer die Zukunft nicht ungefaehrlichen Entwicklung gefuehrt. Einerseits sind viele der fruheren 'politischen Hollaender' mehr oder weniger isoliert, nicht auf der Hoche der allgemeinen politischen Entwicklung... Andererseits haben viele der fruheren 'unpolitischen Hollaender' erkannt, dass sie nicht mehr wie einst abseits stehen duerfen. Ohne Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhaenge und in kleinen Gruppen isoliert, glauben sie, voellig neue Wege einschlagen zu muessen, die sie sich sehr abenteuerlich, unabhaengig von geschichtlich gewordenen Verhaeltnissen vorstellen. Durch das Fehlen entsprechenden Gedankenaustausches gehen sie von irrigem Vorstellungen aus, konstruieren ganze 'Plaene' fuer die Zeit nach der Befreiung und fallen dann nicht selten in die Hand politischer Gluecksritter uebelster Sorte. Fuer die notwendige politische Erneuerung nach der Befreiung koennen wir weder die Steckenpferde der schon fruher, noch die Luftschloesser unserer erst jetzt politisch interessierten Landsleute gebrauchen. Wir muessen diese letzte Phase der Besetzung nutzen und neben der Erfuellung der Gegenwartsaufgaben an der Vorbereitung unserer politischen Erneuerung arbeiten".

Zur Foerderung der grundsatzlichen Aussprache in den illegalen Gruppen verschiedener politischer Richtungen wurden in der Broschuere Darstellungen aus der Feder konservativ protestantischer, katholischer, sozialdemokratischer und kommunistischer Illegaler zusammengefasst. "Es scheint uns nicht unmoeglich, dass Gruppen, die wir nicht zu Wort kommen liessen, kuenftig eine Rolle spielen koennen, aber es scheint uns ausgeschlossen, dass andere politische Gesichtspunkte von Bedeutung sein werden". Deshalb kam kein Vertreter der zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten stehenden Gruppen zum Wort. Wortfuehrer der Liberalen wurden nicht zur Mitarbeit aufgefordert, weil weder die konservative Minderheit noch die fortschrittliche Mehrheit der ehemaligen Liberalen wesentlich unterschiedliche Gedanken vertreten.

Fuenf Fragen sollten die Wortfuehrer der vier Ideenstroemungen beantworten: Methoden der Demokratie, Grenzen der politischen Freiheit, Staat und Wirtschaft, internationale Wirtschaftsverflechtung, innerpolitische Entwicklung. Alle Mitarbeiter verweisen auf die Schwierigkeiten politischer Klaerung in der Illegalitaet. Nur der Kommunist spricht im Namen seiner Partei. Er macht jedoch ausfruecklich darauf aufmerksam, dass er sich auf allgemeine Ausfuehrungen beschraenken muesse, da die illegalen kommunistischen Gruppen keine eingehende Aussprache durchfuehren konnten. Die Vertreter der anderen Organisationen betonen, dass sie nur die Auffassung von 'Kreisen' ihrer illegal taetigen Freunde wiedergeben koennen. Die Wortfuehrer der Katholiken und Sozialisten unterstreichen: "Oeffentlicher Gedankenaustausch ist unmoeglich, ja selbst der Verkehr im eigenen Kreis ist durch schlechte Reisemoeglichkeiten, Verdunkelung, Furcht vor unerwueschtem Interesse anderer usw." begrenzt, sodass nur "beschraenkte Informationen" dem Versuch der Formulierung allgemeiner Auffassungen zugrunde liegen.

Die Herausgeber der illegalen Broschuere fassen einleitend zusammen: In konservativ protestantischen Kreisen vertritt man aus religioesen Gruenden die Auffassung, dass unsere Gesellschaft nicht viel anders werden kann und werden darf. Man will von Fall zu Fall verbessern, aber nicht grundsatzlich eingreifen und aendern. Die gleiche Auffassung vertreten die Liberalen alten Schlages auf Grund des Prinzips wirtschaftlicher Zweckmaessigkeit.

Aber schon in katholischen Kreisen sind die Gedanken ueber die Gesellschaft viel dynamischer. Die Katholiken meinen, dass unsere Gesellschaft unter der Vorherrschaft des Gewinnprinzips leidet. Sie verlangen von der menschlichen Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und wollen zielbewusst die Durchsetzung dieses Prinzips anstreben.

Darin stimmen die Katholiken mit allen Gruppierungen ueberein, die in unserer Serie nach ihnen kommen. Aber waehrend die Katholiken in bescheidenem Masse, dem Prinzip der wirtschaftlichen Demokratie entsprechend, in die Grundlagen unserer Gesellschaft eingreifen wollen, gehen die Gruppierungen, die nach ihnen zu Wort kommen, hierin auf Grund ihrer gesellschaftlichen Auffassung viel weiter.

Wir stossen hier auf die Frage, die fuer die Entwicklung unseres Landes, und nicht minder fuer die Entwicklung unserer Nachbarlaender, entscheidend sein wird. Wie weit wird das Prinzip der wirtschaftlichen Demokratie durchgefuehrt werden muessen, um soziale Gerechtigkeit zu sichern?... Entwicklungen ausserhalb unserer Grenzen haben immer Denken und Handeln unseres Volkes stark beeinflusst... Es wird wieder so sein. Auf die kommende Entwicklung wird das Geschehen in Europa einen starken Einfluss ausueben und in Europa erwartet uns die entscheidende Begegnung zwischen dem progressiven England, dem Katholizismus und dem Kommunismus. Wird die Forderung der sozialen Gerechtigkeit die bindende Kraft haben, diese Begegnung zur Zusammenarbeit werden zu lassen?"

Sozialisten und Kommunisten unreissen einige der angeruehrten Probleme schaefer. Der kommunistische Vertreter betont: "Alles durch das Volk, alles fuer das Volk, ist unser demokratisches Prinzip", die russischen Verhaeltnisse laegen voellig anders. Die hollaendischen Kommunisten fuehrten den Kampf "auf der Grundlage nationaler Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der staatsrechtlichen Verhaeltnisse, die vor dem 10. Mai 1940 (dem Tag der deutschen Invasion in Holland, Red.) bestanden". Auf demokratischem Wege wolle seine

Partei "sozialistische Planwirtschaft" erstreben. Nach der Befreiung sei eine aktionsfähige Arbeiterpartei nötig. Die Kommunisten würden dann "die Frage der Parteibildung und Parteigruppierung prüfen". - Die Sozialdemokraten brauchten ihre selbstverständliche demokratische Einstellung nicht so nachdrücklich zu betonen. Einmütigkeit besteht in illegalen sozialdemokratischen Kreisen über die Notwendigkeit planmässiger Wirtschaftslenkung im Gemeinschaftsinteresse. "Eine der stärksten Anklagen gegen das Vorkriegssystem war die entnervende Existenzunsicherheit so vieler Tausender und Hunderttausender. Die gelenkte Wirtschaft richtet sich gegen die Grundursachen dieses Übels: das freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte mit dem Gewinnprinzip als Motor. Wirtschaftslenkung hat weiter die Aufgabe, durch nationale Arbeitsverteilung innerhalb der Wirtschaftszweige auch hier übersteigerten Schwankungen vorzubeugen, gleichzeitig zur Erhöhung der Lebenshaltung der grossen Massen... Die grosse Verarmung durch Krieg und Besatzung macht eine wirtschaftliche Zusammenfassung aller materiellen und geistigen Hilfsquellen nötig. Nach der ersten sehr mühsamen Nachkriegsperiode wird... in den ersten Jahren keine Arbeitslosigkeit zu fürchten sein". Eine neue Krisis nach einem übersteigerten Aufschwung müsse aber vermieden werden. "Bei dem grossen Umfang der zu erwartenden Arbeiten ist für Notstandsarbeiten in früherem Sinne kein Raum mehr. Mit ihnen muss aufgehört werden, vor allem, weil sie ein entwurzeltes Proletariat schaffen. Bei den durchzuführenden Arbeiten müssen deshalb normale Arbeitsbedingungen gelten. Nach unserer Meinung ist auch kein Raum für einen Arbeitsdienst. Es ist für die Jüngeren viel lehrreicher, an normalen Arbeitsstellen neben den Älteren zu arbeiten..."

Planwirtschaft bedeutet eine 'Sozialisierung', eine Vergesellschaftung der Lenkung der Produktion. Umfang, Preise, soziale Bedingungen und damit ein erheblicher Teil der Produktionskosten sind keine private Angelegenheit mehr... Damit rückt die Grundfrage nach der Sozialisierung des Eigentums, vor allem der wichtigsten Produktionsmittel, bei denen der anonyme Aktienbesitz am weitesten vorgedrungen ist, in den Vordergrund. Wir erwarten, dass nach der Vergesellschaftung der Lenkung der Produktionsmittel, durch den Nachdruck, der dann auf das Inhaltslose der Funktion des Kapitalbesitzers fallen wird, die Vergesellschaftung des Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln automatisch auf die Tagesordnung gesetzt werden wird".

"Autoritäre Richtungen", schreiben die Herausgeber der illegalen Broschüre, "sind in unserer Sammlung nicht vertreten, weil wir glauben, dass sie nach der Befreiung in unserer Politik keine Rolle von Bedeutung spielen werden".

Die Illegalen und die "Alten" (ITF) "Libération" (Befreiung), die in Kreisen französischer Arbeiter vielgelesene illegale Zeitschrift, schreibt (18.1.): "Einst wird feststehen, dass die Widerstandsbewegung Frankreich gerettet hat. Werden wir deshalb im befreiten Land einen Kampf zwischen der Widerstandsbewegung und den alten Parteien erleben? Glücklicherweise kann das Problem nicht so gestellt werden und es ist gerade die Frage des Widerstandes, die in jeder der überlebenden Parteien die nötige Umschichtung bringen wird. Und gerade in der Masse, in der sie sich widersetzt haben, werden die Parteien im Lande wieder Anhang und ihren Platz finden".

Eine neue Phase in Belgien (ITF) Illegale belgische Arbeiterblätter haben Ende 1943 Gedanken über die Gestaltung Nachkriegsbelgiens präzisiert: "Nur die vollständige Verwirklichung des Sozialismus wird die Lösung der sozialen Frage ermöglichen", schreibt "Die Arbeiterwelt" (Le Monde du Travail). "Nur die Überführung der Produktionsmittel und der Finanz in Gemeinschaftsbesitz kann der Ausbeutung der Menschen durch Menschen ein Ende bereiten... und die Hand- und Kopfarbeiter wirtschaftlich so stellen, dass sie nicht mehr/der furchtbaren Unsicherheit vor dem Morgen leben müssen, in einer Gesellschaft, in der sie im Auf und Ab einer anarchischen und ungeordneten Wirtschaft plötzlich entlassen werden können."

"Aber muss die Arbeiterschaft unter dem Vorwand, dass man nicht mit baldiger vollständiger Verwirklichung des Sozialismus rechnen kann., ihrem Schicksal überlassen bleiben? Weder Gewerkschafter, noch Sozialisten haben jemals eine derartige Taktik vertreten. Seitdem sich die Arbeiterschaft organisierte., wurden Forderungen zur sofortigen Verbesserung der Lage der Schaffenden im Rahmen selbst des kapitalistischen Systems aufgestellt... In 60 Kampfjahren stritt die (Belgische) Arbeiterpartei unablässig für Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller, die ihren Verdienst bei Unternehmern, die in erster Linie ihren Gewinn in Auge haben., suchen müssen..."

Wie könnte man diese ganze Zeitspanne von 1886 bis 1940 charakterisieren? Als eine Zeit 'erster Hilfe'., um einen medizinischen Ausdruck zu gebrauchen?... Es gab schreiende Misstände, die unbedingt beseitigt werden mussten, keine Entschädigung bei Arbeitsunfällen, schandliche Ausbeutung durch Lohnzahlung in Waren, völliges Übergewicht des Unternehmers bei Abschluss des Arbeitsvertrags, empfindliche Schlechterstellung des Familienvaters, der viele hungrige Mäuler stopfen musste usw. Gesetze wurden erlassen, um dem Aergsten zu steuern.

Aber mit der Befreiung des Landes muss eine neue Phase beginnen. Auf die Zeit der Schutz- und Notmassnahmen muss die Zeit der sozialen Sicherheit folgen... Gewiss, viele Sozialgesetze bedürfen noch der Verbesserung., aber zu einer neuen, grösseren und umfassenderen Aufgabe ist heute die Arbeiterklasse berufen. Es geht darum, allen Arbeitenden - Arbeitern, Angestellten, Bauern und Handwerkern - soziale Sicherheit zu garantieren".

Das von der "Arbeiterwelt" veröffentlichte Programm fordert deshalb: "Schrittweise Umgestaltung des auf Jagd nach Privatgewinn aufgebauten Wirtschaftssystems in eine Wirtschaftsordnung, die ausschliesslich dem Gesamtinteresse dient". Es verlangt "Sozialisie-

... rung der wichtigsten Wirtschaftszweige.., Ermutigung genossenschaftlicher Wirtschaftsme-  
 thoden.., oeffentliche Kontrolle der anderen Wirtschaftszweige.., Ueberfuehrung des nicht  
 vom Eigentuemmer bearbeiteten Bodens in oeffentliche Hand.., Nationalisierung der Wael-  
 der.., eine auf Wahlen aufgebaute Vertretung der sozialen Gruppen der Landwirtschaft..,  
 Schaffung eines Industrie-, eine Handels-, eines Landwirtschafts- und eines Transport-  
 rats, in dem Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl vertreten sind. Aufgabe dieser Raa-  
 te waere Zusammenarbeit mit den Behoerden bei der Wirtschaftsorganisation."

Das Programm fordert im Einzelnen u.a.: "Heraufsetzung der Schulpflicht bis zum 16.  
 Lebensjahr.., Verbesserung des oeffentlichen Gesundheitswesens, Anerkennung der Gewerk-  
 schaften als Vertretung der Arbeiterschaft in allen Arbeiter betreffenden Fragen - Einbe-  
 ziehung aller die Industrie betreffenden Fragen in den Arbeitsbereich der paritaetischen  
 Kommissionen (Verhandlungskommissionen der Unternehmer und Arbeitervertreter) - Einfueh-  
 rung der Arbeiterkontrolle, vor allem durch Schaffung von Personalvertretungen mit Ber-  
 atungsrecht in allen Arbeiterinteressen beruehrenden Fragen - gesetzlicher Mindestlohn fuer  
 ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen. Von den paritaetischen Kommissionen festgesetzte  
 besondere Mindestloehne fuer die verschiedenen Facharbeitergruppen - Verkuerzung der Ar-  
 beitszeit und Verlaengerung der Ferien im Einklang mit dem Fortschritt der Technik - Ver-  
 besserung der Arbeitshygiene und des Arbeitsschutzes - Pflichtversicherung gegen alle Ri-  
 siken: Krankheit, Invaliditaet, Arbeitslosigkeit, mit finanzieller Beteiligung der Unter-  
 nehmer, der Lohnempfaenger und der Behoerden".

In einer fruheren - uns nicht vorliegenden - Ausgabe, auf die "Die Arbeiterwelt" ver-  
 weist, wurden die innerpolitischen Massnahmen geschildert, die ihr notwendig erscheinen.  
 Das etwa gleichzeitig im "Peuple" (Volk), dem illegalen sozialistischen Organ, erschiene-  
 ne Manifest, kann eine Vorstellung von diesen Forderungen geben: "Verstaerkung der Demo-  
 kratie und der Garantien der verfassungsgemaessigen Freiheiten - Wiedereinsetzung aller  
 von den Deutschen Entfernten in Mandat und Amt, gerechte Entschaedigung aller Kriegsoffer -  
 schwere Bestrafung aller Verraeter und aller derer, die mit den Deutschen zusammenarbei-  
 teten, gleich welchen Standes. Beschlagnahme der Kriegsgewinne - wirksame Lebensmittelver-  
 sorgung der Bevoelkerung und gerechte Verteilung der Verbrauchsgueter". Die sozialpoliti-  
 schen Forderungen des im "Peuple" veroeffentlichten Programms entsprechen dem "Der Arbei-  
 terwelt".

Eine in Flandern im Sommer 1943 auf Wachsbogen abgezogene kleine Broschuere, "Der So-  
 zialistische Kampf", vertritt aehnliche Auffassungen; sie erinnert daran, dass am Ende  
 des letzten Krieges mit dem Erkaempfen des allgemeinen Stimmrechts die politische Gleich-  
 berechtigung durchgesetzt worden war. "Ohne die politische Demokratie waere die politi-  
 sche Gleichberechtigung unmoeglich gewesen. Um die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu  
 erobern, muessen wir erst die wirtschaftliche Demokratie haben. Das ist jetzt unsere un-  
 mittelbare und historische Aufgabe..." Erst wenn die wirtschaftlichen Schluesselstellun-  
 gen in oeffentliche Hand uebergegangen sind, "kann vom Ausbau und der Staerkung des demo-  
 kratisch-parlamentarischen Staates die Rede sein. Dann erst werden soziale Errungeschaft-  
 en Dauer haben; dann erst steht der Weg fuer den Aufmarsch zur wirtschaftlichen Demokra-  
 tie offen. Unmittelbar nach dem jetzigen Krieg kommt der historische Augenblick zur Ueber-  
 nahme der Schluesselstellungen des Grosskapitals. Derartige Gelegenheiten sind selten".

(Fuer die Red.: "Le Monde du Travail", Oktober und November 1943, "Le Peuple", Oktober  
 1943, "De Socialistische Strijd", Juli oder August 1943.)

Vertrauen auf eigene Kraft

(ITF) "Fri Fagbevegelse", das Organ der illegal organisier-  
 ten norwegischen Gewerkschafter, schreibt (am 15.I.) in ei-  
 nem Kommentar zu der Rede des englischen Aussenministers Eden auf der Londoner Tagung des  
 Internationalen Arbeitsamts: die Ausfuehrungen zeigen, "dass fuehrende Kreise, nicht zu-  
 letzt in England, ein voellig neues Verstaendnis fuer die Notwendigkeit der Loesung sozi-  
 aler Fragen zeigen. Das haengt sicher damit zusammen, dass Einfluss und Stellung der Ar-  
 beiterbewegung im Verlauf des Krieges staerker wurden und dass gleichzeitig im Existenz-  
 kampf unserer Kultur ernste Schwaechen der Wirtschaftsstruktur und der Regierungsmethoden  
 der demokratischen Gesellschaft sichtbar wurden... Es waere aber ein verhaengnisvoller  
 Irrtum, wenn die Arbeiterklasse glaubte, dass soziale Fragen von oben geloest werden koen-  
 nen oder werden. Wir freuen uns, den guten Willen zur Zusammenarbeit in so vielen Kreisen  
 zu sehen.., aber gleichzeitig muessen wir uns darueber klar sein, dass eine Loesung un-  
 serer sozialen Grundprobleme, die den Arbeitern gerecht wird, nur erreicht werden kann,  
 wenn wir durch unsere Organisationen unsere Forderungen stellen. Darum ist es so wichtig,  
 dass heute in uns allen die Idee der Organisation weiterlebt, damit wir, wenn die Zeit  
 kommt, wieder unsere eigene freie Gewerkschaftsbewegung aufbauen koennen".

Die Eisenbahner in Dijon

(ITF) Sieben franzoesische Eisenbahner waren am 27.XI. vom  
 deutschen Standgericht als Saboteure zum Tode verurteilt wor-  
 den. Es war ein Sonnabend. Am Dienstag legten 1500 Eisenbahner der Dienststelle eine Stun-  
 de die Arbeit nieder. Eine Eisenbahnerdelegation wurde nach Vichy gesandt. Zwei Tage da-  
 rauf fuehrten die Eisenbahner von Dijon, Chagny, Chalons, Laroche etc. zur Unterstuetzung  
 ihres Protestes gemeinsam einen 5stuendigen Proteststreik durch. Arbeiter zahlreicher an-  
 derer Betriebe beteiligten sich an dieser Solidaritaetsdemonstration.

Die zum Tode verurteilten Eisenbahner wurden nicht hingerichtet. "Was die Nazihenker  
 zum Zurueckweichen veranlasste, war vom ersten Tage an die Furcht vor einem raschen Aus-  
 breiten der Bewegung auf die ganze Strecke Paris-Lyon-Marseille... und auf die anderen  
 franzoesischen Strecken. Mit einem Wort, was die Nazihenker zum Zurueckweichen veranlass-  
 te, zum ersten Mal, seitdem sie unseren Boden besudelten und unsere besten Franzosen zum

Tode verurteilten, war die Tat!" schreibt die illegale CGT-Zeitschrift "Arbeiterwiderstand" ("La Résistance Ouvrière"). "Nach dem Streik der Eisenbahner von Creil (Ile de France) im Oktober, durch den die Befreiung zweier als Geiseln verhafteten Eisenbahner erzwungen wurde, ist erneut der Beweis erbracht, dass der Feind allgemeine und von allen Patrioten unterstützte Streiks wie die Pest fuerchtet, weil er nicht mehr stark genug ist, gegen derartige Mobilisierungen franzoesischer Massen vorzugehen. Dijon hat dem ganzen Land ein Beispiel gegeben".

"Hut ab vor den Eisenbahnern vor Dijon", ueberschreibt "Arbeiterwiderstand" (15.I.) seinen Bericht.

Der Terror in Italien (ITF) Am 23. Maerz wurden in Rom 32 deutsche Soldaten erschossen. Roemische Zeitungen berichten, dass zur Vergeltung 320 Geiseln erschossen wurden - fuer einen deutschen Soldaten 10, wie seit langem in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und Polen.

In den italienischen Gefaengnissen foltern deutsche SS und italienische Faschisten. Ein junger Italiener, der in die faschistische Miliz gepresst wurde, berichtet nach seinem Entkommen: In den Mailaender Kasernen der 24. faschistischen Legion in der Via Mario Pagano wurden taeglich Verhaftete vom Leutnant Gisleni verhoert. "Er hatte stets eine Reitpeitsche in der Hand und einen Revolver auf dem Tisch. Waehrend einige Milizsoldaten die Ungluecklichen festhielten, nahm er sie ins Kreuzverhoer. Aber es gab mehr Schlaege als Fragen. Ich sah Menschen vor Schmerz weinen und zu Boden stuerzen, manche mit blutverschmierten Gesichtern, die nicht nachgeben wollten und die Aussage verweigerten. Ich erinnere mich eines grossen, blonden Mailaender Arbeiters, etwa vierzigjaehrig, der Gisleni Blut ins Gesicht spie. 'Wo sind die Waffen? Wer ist euer Fuehrer? Wer gab dir die illegalen Zeitungen?' Die Fragen waren immer dieselben. Wenn Gisleni muede wurde, pflegte er des Sergeanten Vecchiotti zu rufen und ihm zu sagen: 'Mir haengts zum Halse raus. Erledige diese Verbrecher'. Die Verhafteten worden dann ins San Vittore-Gefaengnis gebracht, nachdem sie 2 oder 3 Tage ohne Nahrung gewesen waren und mehr tot als lebendig". In Gefaengnis erwartete sie die SS.

Die Schweizer sozialistische Zeitung "Libera Stampa" entnimmt einem Brief aus Mailand die folgende Schilderung der Zustaende im Gefaengnis San Vittore: "Die SS-Hauptleute Klaus und Soenneke leiten die Verfolgung. Vor der Vernehmung werden die Opfer an den Haaren gerissen und durch Boxhiebe zwischen Nase und Augen bewusstlos geschlagen. Auf keine Marter wird verzichtet - Pruegeln, stundenlanges Schlagen, eiskalte Baeder, nach denen die Opfer nackt in der Zelle gelassen werden, Einpressen der Haende usw. Das Essen ist ekelerregend, kalt und voellig unzureichend. San Vittore bedeutet fuer die in Verdacht Geratenen sicheren Tod nach grausamen Martern.

Bis vor ein paar Tagen wurden etwa 200 sehr kleine juedische Kinder in den Zellen genau so behandelt wie die anderen Gefangenen. Ihr Schluchzen war das schrecklichste an diesem duestern Platz. Der (neofaschistische) Innenminister befahl die Entlassung der juedischen Kinder unter 13 und aller ueber 70Jaehrigen, aber ein gewoehnlicher SS-Leutnant zerriss den Befehl und sandte alle ohne Ausnahme in polnische Konzentrationslager.

(Fuer die Red.: "Libera Stampa", 31.III. und 5.II.)

Kampf in Frankreich (ITF) Die spanische Rundfunkstation Radio Falange, Valladolid, berichtete (am 31.III.): "Seit 4 Monaten fuehrt jetzt die Miliz (Vichys) eine Sauberungsaktion gegen die Terroristen in Obersavoyen durch, aber sie bleiben fest... Diese innere Front spielt bereits eine bedeutende Rolle... zweifellos gibt es heute in Frankreich ueber 100 000 Partisanen".

Unternehmerverbaende und Gewerkschaften in Frankreich (ITF) Adrien Tixier, der Arbeitsminister des franzoesischen Befreiungskomitees, erklarte vor dem Parlament in Algier u.a.: "Der Freie Gewerkschaftsbund (CGT) und der Verband christlicher Gewerkschaften haben sich in der illegalen Widerstandsbewegung reorganisiert... Keine Unternehmerorganisation hat an der Widerstandsbewegung teilgenommen und die Mehrzahl der Grossunternehmer hat die Nation verraten". (Radio France, Algier, 31.III.)

Terror in Norwegen (ITF) Eine grosse Verhaftungswelle ging im Februar durch Norwegen. Die Gestapo wollte illegalen Zeitungen auf die Spur kommen und folterte in den Gefaengnissen mehrere Hundert Gefangene.

Henker in Ungarn (ITF) Die in der Hauptstadt Finnlands erscheinende Zeitung "Svenska Pressen" schreibt (1.IV.): "Fast 80.000 ungarische Juden beginnen ihren Leidensweg in das Land, 'von dessen Gestaden kein Reisender zurueckkehrt', in ein Inferno, das sich nicht einmal Dante vorstellen konnte".

Alte Arbeiter in der 'Neuen Ordnung' (ITF) In der Slowakei sind die von den Sozialversicherungsinstituten gezahlten Altersrenten so niedrig, dass viele Altersrentner auf den Strassen betteln muessen. (Bericht Ende Maerz.)

Vergiftungen in Prag (ITF) Man erkennt, wie wenig die offiziell gueltigen Arbeitsschutzmassnahmen im tschechischen "Protektorat" beachtet werden, wenn eine Anordnung noetig wurde, die den Arbeitsaemtern das Recht gibt, "in Betrieben, Unternehmungen und Anstalten, in denen fuer den Arbeitnehmer die Gefahr von Berufskrankheiten, Vergiftungen oder anderen Erkrankungen besteht.., aertzliche Untersuchungen einzelner Betriebsanlagen und der dort beschaeftigten Arbeitnehmer anzuordnen" und wo noetig Arbeiter aus den gefaehrlichen Betrieben zu entfernen. (Amtsblatt des Ministeriums fuer Wirtschaft und Arbeit, 1.II.)

Arbeiter unterm Hakenkreuz

Fluechtige Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Deserteure gegen SS

(ITF) Nazizeitungen in dem Deutschen Reich einverleibten westpolnischen Staedten veroeffentlichten Mitte Maerz einen Artikel, in dem es heisst: "Antisoziale und auslaendische Elemente nutzten die Ueberlastung der Polizei fuer ihre verbrecherischen Zwecke... Die Zahl der auslaendischen Arbeiter, die ihren Arbeitsvertrag brechen, von Ort zu Ort ziehen und in ihre Heimat zu kommen suchen, und die Zahl der entkommenen Kriegsgefangenen hat in den letzten Jahren trotz aller Vorbeugungsmassnahmen erheblich zugenommen. Vor allem auf dem Land ist die Zahl der von diesen Fluechtlingen begangenen politischen und gemeinen Verbrechen erheblich groesser geworden. Manche dieser Fluechtlinge haben sich mit feindlichen Spionen, Fallschirmagenten, Deserteuren und Saboteuren zu Banden zusammengeschlossen, die in einigen Bezirken des Reiches und der besetzten Gebiete die oeffentliche Sicherheit in ausserordentlichem Masse gefaehrdeten". - Der Artikel fordert die Deutschen Westpolens auf, sich der 'Landwacht' anzuschliessen, die derartige Guerillataetigkeit unmoeglich machen soll. Aber "nicht nur versuchen einige Kreise der staedtischen Bevoelkerung, sich... mit fadenscheinigen Ausreden vom Dienst zu druecken, sogar ihre Vorgesetzten in Fabriken und Bueros beantragen fuer sie Freistellung". Andere tun nur Dienst, "weil sie dazu gezwungen werden".

Die Luxemburger Naziartei teilte in einer oeffentlichen Warnung (Ende Maerz) mit, dass viele Luxemburger "Deserteure" nach Belgien gingen und sich dort Gruppen untergetauchter Russen, Polen, Franzosen und Belgier anschlossen. (Fuer die Red.: Rueckuebersetzung.)

Flucht aus Dachau (ITF) Der 18jaehrige Johann Rubajec war 1936 von Nazirichtern wegen illegaler Betaetigung zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Kurz nach seiner Freilassung wurde er ins Konzentrationslager Dachau gebracht. Im Juli 1943 gelang ihm endlich die Flucht aus dem beruechtigten Konzentrationslager. Monatelang konnte er illegal leben, dann wurde er in einem oesterreichischen Dorf entdeckt. Er verteidigte sich, 2 Polizisten kamen ums Leben. Das Sondergericht in Linz verurteilte den 26jaehrigen, Mitte Maerz, zum Tode und liess ihn sofort haengen.

Deutsche Polizei rekrutiert Arbeiter (ITF) In vielen deutschen Staedten haben Bomben Arbeitsaemter getroffen. Die Arbeitsvermittlungsbehoerden koennen daher haeufig deutschen und auslaendischen Arbeitern, die vor der Zerstoerung flohen und sich nicht beim Arbeitsamt des neuen Wohnorts meldeten, nicht nachspueren. Aufrufe zur freiwilligen Meldung beim Arbeitsamt des neuen Wohnorts und der Versuch, die Fluechtlinge und Evakuierten ueber die Lebensmittelaemter zu erfassen, hatten nur geringen Erfolg. Der Gestapochef und Innenminister Himmler hat deshalb angeordnet, dass die Polizei jeden Hinzuziehenden dem Arbeitsamt zu melden hat. (Deutsches Nachrichtenbuero, 30. III.)

Kinderarbeit in Deutschland (ITF) 9- und 10jaehrige Schulkinder muessen in Hamburg in Zweistundenschichten arbeiten, berichtet das "Hamburger Fremdenblatt" (25.III.). Das Durchschnittsalter der mit Sortieren von Mandeln beschaeftigten Maedchen sei 12, aber 9- und 10jaehrige seien genau so eifrig bei der Arbeit und gluecklich, wenn sie laenger arbeiten duerfen...

Korruption in Zwangsarbeiterlagern (ITF) Man kann sich eine Vorstellung von der Korruption vieler Leiter auslaendischer Zwangsarbeiterlager in Deutschland machen, wenn die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront schreibt: "Bei Ueberpruefung der Beschwerden in Gemeinschaftslagern untergebrachter auslaendischer Arbeiter und Arbeiterinnen musste immer wieder (!) festgestellt werden, dass pruefungsfaeihige Unterlagen ueber die Belegschaft, Geschaeftsfuehrung, Freizeitgestaltung, Verpflegung sehr oft nicht vorhanden waren". ("Angriff", 18.III.)

Auslaendische Zwangsarbeiter berichten: Krankenschwestern und Studenten (ITF) Wir entnehmen der Londoner Zeitschrift "Vrij Nederland": "Das illegale hollaendische Studentenblatt "De Geus" veroeffentlicht Briefe nach Deutschland deportierter hollaendischer Studenten... Ein Student, der arbeitsunaefaeig heimkehrte, schrieb u.a., dass er mit einigen andern Medizinstudenten in ein Krankenhaus gesandt wurde, wo sie als Assistenzaerzte zu arbeiten hatten. Sie wurden besonders gut behandelt und durften sogar am Aertzetisch essen. Nach einigen Wochen aber erfuehren sie, dass das Krankenhauspersonal glaubte, sie haetten sich freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gemeldet. Um das klar zu stollen, erhob sich der Student eines Tages beim Essen und sagte, dass saemtliche Studenten ge wungen worden waren, nach Deutschland zu gehen. Am naechsten Tag wurden alle Studenten degradiert; sie mussten als Krankenpfleger arbeiten und am Gaertnertisch essen. Aber einer der Aerzte, der vorher auffaeellig kuehl gewesen war, suchte sie sofort auf, entschuldigte sich, dass er sie bisher in falschem Verdacht hatte und bot ihnen an, sie mit deutschen Studenten in Beruehrung zu bringen. Es stellte sich heraus, dass ein bedeutender Teil der deutschen Studenten entschiedene Nazigegner waren; auch die Mehrheit der Krankenhausschwestern war ausgesprochen nazifeindlich". ("Vrij Nederland", 16.II.)

Quislings in Zwangsarbeiterlagern (ITF) Unter den nach Deutschland deportierten auslaendischen Arbeitern befinden sich auch Nazis und Faschisten. Sie werden von ihren Landsleuten anscheinend so zweckmaessig behandelt, dass die Deutsche Arbeitsfront jetzt den Lagerleitern empfiehlt, "Gleichgesonnene" in getrennten Stuben oder Baracken unterzubringen. ("Deutsche Bergwerkszeitung", 3.III.)

Die Deutsche Arbeitsfront jetzt den Lagerleitern empfiehlt, "Gleichgesonnene" in getrennten Stuben oder Baracken unterzubringen. ("Deutsche Bergwerkszeitung", 3.III.)